

Es gilt das gesprochene Wort.

## **H a u s h a l t s r e d e 2013**

*des CDU-Fraktionsvorsitzenden Bernd-Josef Schwane im Rat der Stadt Dorsten zur Haushaltsverabschiedung des Haushaltes 2013 am 27. Februar 2013.*

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
meine sehr verehrten Damen und Herren,

dies ist die 9. Haushaltsrede, die ich für meine Fraktion halten darf.

Ich muss Ihnen gestehen, ich habe lange überlegt, was ich heute noch zu der aktuellen Situation unserer Stadt sagen kann. Eigentlich ist schon alles gesagt und das nicht nur einmal.

Natürlich könnte ich mich an dieser Stelle mit hoch komplizierten politischen Dingen auseinandersetzen. Ich könnte sagen, dass der Haushaltssanierungsplan für meine Fraktion eine schwere Belastung ist und die Steuererhöhungen nur unter großen Schwierigkeiten akzeptiert werden konnten. Ich könnte Ihnen sagen, dass wir nach Verabschiedung des Haushaltssanierungsplanes und auch nach Verabschiedung des Haushaltes wieder einen gewissen Handlungsspielraum erhalten werden, um den Zeitraum bis 2021 durchzustehen. Ich könnte Ihnen sagen, dass wir das Sparpaket nicht mehr aufweichen werden.

Ich könnte sagen, dass insbesondere unter dem Gesichtspunkt des demografischen Wandels auch noch viele große Aufgaben auf uns zukommen werden, die alle, insbesondere auch bei einem genehmigten Haushalt, eher zu meistern sind als bei einem nicht genehmigten Haushalt, keine Frage. All das ist

hinreichend bekannt. Für mich stellt sich vielmehr die Frage: Warum haben wir diese Entscheidung getroffen?

Sicher kann man sagen, wir wollen unsere Stadt als liebenswerte Stadt erhalten und weiterentwickeln. Eine Stadt, in der es sich lohnt, zu leben. Das ist natürlich ein hohes Ziel.

Meine Damen und Herren, was mich in den letzten Monaten umtreibt, sind einige grundsätzliche Fragen, die Sie mir erlauben, in diesem Gremium zu formulieren.

In der vorletzten Woche fand der politische Aschermittwoch in Deutschland statt. Sog. politische Schwergewichte sind in den Ring gestiegen und haben politische Aussagen gemacht, von den Herren Stoiber und Seehofer bis zu Herrn Steinbrück. Dabei - so konnte man in der Zeitung lesen - wurde nicht mit dem Florett gefochten sondern mit dem Säbel. Um es kurz zu sagen: Man hat aufeinander eingepöbeln und sich gegenseitig Vorwürfe gemacht.

Wenn ich das erlebe, stellt sich mir die Frage: Was will man damit erreichen?

Ich glaube, dass derartige Verhaltensweisen auf den Bürger abstoßend wirken. Der Bürger möchte Probleme gelöst wissen. Und davon haben wir wahrlich genug. Durch Kraftmeierei werden Probleme nicht gelöst. Vielmehr werden sie verschärft.

Ich muss Ihnen auch gestehen, dass ich es leid bin, als Kommunalpolitiker, der ein Ehrenamt ausübt und dem Rat mittlerweile fast 25 Jahre angehört, in Mithaft genommen zu werden; in Mithaft für Entscheidungen, die in Berlin aber auch in Düsseldorf getroffen werden.

Heute werden wir als Kommunalpolitiker mit diesen Entscheidungen in den gleichen Topf geworfen.

Ich halte dies für unerträglich!

In diesen Zusammenhang gehört auch der Reflex der hier im Rat vertretenen Parteien, immer auf den anderen zu zeigen, nach dem Motto: Schlag ich deine

Bundeskanzlerin, haue ich deine Ministerpräsidentin.

Dies ist eine Verhaltensweise, die leider seit einiger Zeit hier eingezogen ist und die, abgesehen davon, dass sie nicht schön ist, auch wenig zielführend ist.

Meine Damen und Herren, wir haben in den letzten Jahren weitreichende komplexe Entscheidungen im Rat getroffen. Denken Sie an den Stromkonzessionsvertrag, den Haushaltssanierungsplan, die Bewältigung des demografischen Wandels.

Die Kommunalpolitik befindet sich an dieser Stelle in einer Zwickmühle:

Zum einen ist die Welt unserer ehrenamtlichen Kommunalpolitik heute eine völlig andere als noch vor 20 Jahren. Eine Menge von gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen macht kommunale Selbstverwaltung immer komplizierter.

Zum anderen sind politische Prozesse und eine zunehmende Zahl relevanter Akteure immer komplizierter und unberechenbarer geworden. Bürgerinnen und Bürger werden kritischer, Lobbyisten werden selbstbewusster.

Insbesondere die im letzten Jahr begonnene Haushaltssanierung hat auch hier in Dorsten einen enormen Handlungsdruck erzeugt, auch unter zeitlichen Gesichtspunkten. Dies führte dazu, dass die in diesem Zusammenhang von uns zu leistende Arbeit als Ratsmitglieder im Grunde nicht mehr tragbar war.

Die zeitlichen Vorgaben kamen von der Landesregierung, ohne Rücksicht darauf, dass hier vor Ort Ratsmitglieder Entscheidungen treffen müssen, die neben ihrem politischen Engagement auch noch ihr Geld durch Ausübung eines Berufes verdienen.

Ich glaube, dass eine derartige komplexe Aufgabe in der Kürze der Zeit der Kommunalpolitik sicher nicht noch einmal zugemutet werden kann, ja, nicht darf.

Derartige schwierige Entscheidungen sind trotz aller Bemühungen wohl kaum noch vermittelbar und letztendlich durchsetzbar, da die Bürgerschaft die

vorzunehmenden Kürzungen aber auch die massiven Steuererhöhungen nicht mehr mittragen wird.

Dies hängt auch damit zusammen, dass die Bevölkerung parteipolitische Arbeit mittlerweile unterschätzt und wenig Vertrauen in die politische Klasse hat.

Zwar werden in Deutschland grundsätzlich Demokratie und die Existenz von Parteien von einer überwältigenden Mehrheit für gut befunden. Im Regelfall verfügt die Person bzw. Funktion des Bürgermeisters in der Bevölkerung über hohes Ansehen, von Ausnahmen einmal abgesehen.

Letztendlich ist aber eine enorme Unzufriedenheit mit den Leistungen der Demokratie und somit auch mit den Leistungen unseres Rates zu konstatieren. Das ist die berühmte Parteiverdrossenheit - unabhängig davon, ob diese Einschätzungen tatsächlich auf gegebenen Missständen beruhen, oder es sich um eine gesättigte Bequemlichkeit breiter Schichten handelt. Es bleibt die Vertrauenskrise, ein zentrales Problem für uns.

Die Frage ist, wie wir dies ändern können. Es ist zu diskutieren, welche Chance wir als Kommunalpolitiker eigentlich haben.

Welche Möglichkeit haben wir überhaupt, unsere Entscheidungen, in die Bürgerschaft zu tragen? Können wir den Prozess des Vermittelns über die Presse noch organisieren?

Ich bin der Meinung, dass das nicht immer den Themen angemessen möglich ist. Nur ein relativ geringer Teil der Dorstener Bevölkerung liest eine Tageszeitung. Ich glaube, dass sich auch in der Presselandschaft einiges geändert hat. Es ist eben nicht mehr so, dass im Ortsteil die Kommunalpolitik im Vordergrund steht. Wichtig ist vielmehr die Auflage, was wiederum dazu führt, dass die Verleger großen Wert darauf legen, dass bestimmte Geschichten, die die Menschen angeblich anrühren, gedruckt werden, etwa Geschichten über Hunde und Katzen oder Streitereien im zwischenmenschlichen Bereich.

Den Raum, den Kommunalpolitik eigentlich im Sinne der Bürgerschaft für sich beanspruchen muss, den Raum gibt es leider in der Breite nicht mehr so, wie es

früher der Fall war. Dies ist bedauerlich. Ich glaube, dass die Presse hier eine gesellschaftspolitische Aufgabe hat, die sie in diesem Sinne m. E. ernster nehmen müsste. Ich habe dieses Problem vor einiger Zeit in einem Gespräch mit dem Chefredakteur der Ruhrnachrichten in Dortmund angesprochen. Er meinte, dass Boulevard-Stil bei den Lesern besser ankomme - außerdem wichtig für Auflage und Umsatz.

Müssen wir uns deswegen nun den neuen Medien öffnen? Müssen wir in die sog. Facebook-Generation einsteigen? Müssen wir in die Foren einsteigen und uns dort mit den Äußerungen der Bürger, die teilweise völlig unsachlich sind, auseinandersetzen?

Meine Damen und Herren, alle Sitzungen sind bekanntlich öffentlich. Oft wird aber die Öffentlichkeit nur durch einen einzigen Bürger repräsentiert. All die Bürger, die die Entscheidungen dieses Rates kritisieren, kommen nicht in die Sitzungen. Sie kommen auch nur äußerst spärlich zu Veranstaltungen, die der Bürgermeister bspw. wegen des Haushaltes anbietet. Aber, man nimmt sich das Recht heraus, zu kritisieren. Ist das wahre Demokratie? Ist das die vielbeschworene Bürgergesellschaft, in die wir uns hineinbewegen?

Ich glaube nicht. Bürgergesellschaft bedeutet für mich, dass Bürger bereit sind, sich konkret zu engagieren und mitzumachen, auch in Parteien und im Rat.

Schon Perikles, Athener Staatsmann, hat im 5. Jahrhundert vor Christus gesagt: "Wer an den Dingen seiner Gemeinde nicht Anteil nimmt, ist kein stiller, sondern ein schlechter Bürger."

Meine Damen und Herren,

Viel wird über den demografischen Wandel geredet, der sicherlich über uns schon hereingebrochen ist. Viel zu wenig wird darüber geredet, was mit der Gegenwart ist; mit der Gegenwart und der Zukunft, was die politische Generation, das politische Denken der Bürgerinnen und Bürger anbetrifft. Was kommt nach uns, meine Damen und Herren?

Die junge Generation war früher politischer. Ich kann mich an meine Studentenzeit erinnern, da hat man demonstriert, da hat man diskutiert, da ist man für bestimmte Ziele auch auf die Straße gegangen. Das findet heute so nicht mehr statt.

Leider haben sich viele junge Leute in die innere Immigration zurückgezogen. Sie haben anscheinend kein Interesse an der Öffentlichkeit, kein Interesse mehr daran, etwa eine Ratsmitgliedschaft anzustreben. Woran liegt das?

Zwar müssen Kommunalpolitiker zur Ausübung Ihres Mandats vom Arbeitgeber freigestellt werden. Doch die Zeiten, in denen Unternehmen Mitarbeiter für die Kommunalpolitik freistellten und sich somit oftmals fraktionsübergreifend eine Lobby schafften, sind vorbei.

Auch ist zu konstatieren, dass im Beruf auch bei jungen Leuten eine Arbeitsverdichtung eingesetzt hat.

Es liegt sicherlich auch daran, dass bürgerschaftliches Engagement etwa in Form einer Ratsmitgliedschaft nicht mehr hoch angesehen ist. Ich kann mich daran erinnern, dass es früher eine Ehre war, wenn jemand im Rat saß und die Nachbarn und die Familienmitglieder dies als Auszeichnung empfanden.

Wie ist es heute? Heute erntet man lediglich ein schiefes Lächeln nach dem Motto: Dass du dir das antust. Was hast du davon?

Ist das die Zukunft? Wenn das unseren Kindern vorgelebt wird, dürfen wir uns nicht wundern, dass sie nicht bereit sind, sich zu engagieren, wie wir es getan haben und, Gott sei Dank, auch noch tun. Die Demokratie braucht aber junge engagierte Menschen.

Wenn es einmal gelingt, mit den Bürgern ins Gespräch zu kommen, muss man feststellen, dass sie in Bezug auf kommunalpolitische Entscheidungen, von absoluter Ahnungslosigkeit sind. Zwar stelle ich immer wieder fest, dass die Bürger sagen: "Ja, man muss sparen, man muss die Strukturen verändern."

Aber, wird es für sie konkret, dann verweigern sie sich. Denken Sie an die Diskussion um die Erhöhung der Hundesteuer um 12 EUR im Jahr. Denken Sie, um größere Projekte hier im Kreis zu nennen, an die A 52 im Großraum Gladbeck oder an das Kohlekraftwerk in Datteln. Hier kommt die Verweigerungshaltung der Bürger zum Ausdruck, die Rechte zwar für sich einfordern, aber nicht bereit sind, gewisse Dinge zu akzeptieren, um die Entwicklung der Gesellschaft zu sichern.

Aber auch das Verhalten von führenden Verwaltungsleuten im Kreis ist manchmal merkwürdig - denken wir an den Landrat -. Wenn wir bspw. in Dorsten im Rahmen der Strukturkommission Überlegungen anstellen, ob man den Zuschuss zum öffentlichen Personennahverkehr durch Strukturveränderungen reduzieren kann, verweigert er sich reflexhaft.

Ungeprüft behauptet er, Lohndumping stehe im Raum.

Bemerkenswert ist auch, dass diese Kritik - offensichtlich ungeprüft - von der Kreis-SPD übernommen worden ist: Wir waren uns in der Strukturkommission einig, dass u. a. der öffentliche Personennahverkehr überprüft werden muss. Sie, meine Damen und Herren der SPD, haben anscheinend ja noch die Kurve gekriegt.

Dürfen wir, meine Damen und Herren, heute nicht einmal mehr berechnete Fragen stellen, die auch aufgrund der schwierigen finanziellen Situation der öffentlichen Haushalte gestellt werden müssen? Ist es vielmehr richtig, weiter Geld in Systeme zu pumpen, ohne zu fragen, was dabei herauskommt? Ist es richtig, dass wir hier in Dorsten in den Stadtumbau Barkenberg, in den Sozialbereich, Millionen gepumpt haben? Es muss doch auch mal die Frage gestellt werden, was kommt am Ende dabei konkret heraus. Diese Frage nach einer Bilanz wird nicht gestellt. Das muss sich ändern!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich stelle fest, dass leider auf dem Wege zur Entwicklung der Bürgergesellschaft der Egoismus der Bürger immer stärker wird und auch der Respekt vor Ämtern gen Null tendiert.

Wenn ich mir ansehe, wie der Bürgermeister von Bürgern manchmal angegangen wird, kann ich nur sagen: Armes Dorsten! Das hat weder Lambert Lütkenhorst als

Person verdient noch das Amt des Bürgermeisters.

Konrad Adenauer hat zwar gesagt:" Nehmen Sie die Menschen wie sie sind, andere gibt's nicht."

Aber ich meine schon, dass man einen gewissen Respekt erwarten kann. Und das vermisse ich in letzter Zeit häufig. Auch ist nicht zu akzeptieren, dass Bürger im Rathaus anrufen und die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen wegen der Steuererhöhungen auf das Übelste beschimpfen. So geht es nicht!

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich glaube, dass wir eine Chance haben, die Dinge im positiven Sinne zu wenden. Politik geht uns nämlich alle an. Konrad Adenauer hat gesagt, es sei niemals zu spät, über Änderungen nachzudenken.

Meine Damen und Herren,

Sie haben gemerkt, dies war keine übliche Haushaltsrede. Für mich war es einfach an der Zeit, negative Entwicklung öffentlich zu benennen, die ich in den letzten Jahren als Fraktionsvorsitzender beobachtet habe.

Ich bedanke mich an dieser Stelle bei der Verwaltung, bei der Kämmerei für die auch in diesem Jahr wieder ausgezeichnet erbrachten Leistungen. Ich bedanke mich allerdings auch ausdrücklich bei allen Mitgliedern dieses Rates, die mit großem Einsatz das Sparpaket beraten und letztendlich beschlossen haben.

Die CDU-Fraktion wird dem vorgelegten Haushalt und dem HSP zustimmen.

Ich danke Ihnen.